

critica

Zeitung von Die Linke.SDS
(Sozialistisch-Demokratischer
Studierendenverband)
Ausgabe Nr. 28 / 2022



NIE WIEDER KRIEG!

Aufrüstung bringt keinen Frieden S.2-3

Klima, Krieg und Krise

Umwelt- und Friedenspolitik gehören zusammen!

S. 4

Uni in der Pandemie

Die psychosoziale Lage Studierender in der Pandemie

S. 6-7

100 Mrd. für „Freiheit“

Haben wir im Kapitalismus wirklich eine Wahl?

S. 14-15

Liebe*r Leser*in,

normalerweise wird die Themenauswahl für unsere neue Ausgabe heiß von vielen engagierten Autor*innen und Redakteur*innen diskutiert. Diesmal fiel uns die Entscheidung leicht.

Mit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine war uns klar, dass wir eine Ausgabe zum Thema Frieden, welches immer schon ein Kernthema von uns war, machen möchten. Seit Jahren setzen wir uns beispielsweise für eine verpflichtende Zivilklausel an den Universitäten ein.

Wir berichten als politische Studierendenzzeitung aber auch darüber, dass es viele Konflikte auf der Welt gibt, die gekonnt ignoriert werden. Außerdem fragen wir uns, warum auf einmal Milliarden für Aufrüstung da sind, während andere Sektoren, wie Pflege oder Bildung, gnadenlos runtergewirtschaftet werden. Wir stellen uns entschieden gegen jegliche Aufrüstung - in Solidarität mit allen Unterdrückten, für Frieden und Gerechtigkeit, für einen demokratischen Sozialismus.

Euer critica-Redaktionskollektiv



Folgt uns auf
Instagram:
[@critica_zeitung](https://www.instagram.com/critica_zeitung)
www.critica-zeitung.de

Impressum

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS
Nr. 28/2022, Kleine Alexanderstraße 28,
10178 Berlin

Redaktion: Aron Schröter, Darian Nöhre,
Deniz Özün, Emma Rotermund, Fiona
Schwindt, Haris Polovina, Jonathan Auer,
Kenja Felger, Lea Klingberg, Lena-Johanna
Schmidt, Luca Greiner, Lukas Geisler, Moritz
Menzel, Paula Kloos, Paul Fürst, Sabrina M.,
Sara Meister, Torsten S., Tristan Stinnesbeck
Layout: Pia Chwalczyk

Illustrationen: Pia Chwalczyk

Cover: Pia Chwalczyk

Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2,
17034 Neubrandenburg

ViSdP: Jary Jaben Koch,

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Anzeigen und Bestellungen:

critica@linke-sds.org

www.linke-sds.org

Aufrüstung ist keine Solidarität: Der neue deutsche Militarismus

Bei den aktuellen Entwicklungen wird eins deutlich:
Auf die Mächtigen ist kein Verlass. Militarisierung wird
zur deutschen Staatsräson – mit weitreichenden Folgen
für Europa und die Welt. Ein Überblick von Paul.

Es ist wieder Krieg in Europa – Putins Krieg. Mit der „militärischen Spezialoperation“, wie der russische Diktator zynisch seine Invasion umschreibt, leitet Putin den Angriffskrieg gegen die Ukraine ein. Dies stellt den Höhepunkt des seit 2014 andauernden Konflikts zwischen den beiden Brüdervölkern dar. Der völkerrechtswidrige Überfall kaputtet die russisch-europäischen (Sicherheits-)Beziehungen in eine Schockstarre. Eine geopolitische Zäsur, welche an vergangene Zeiten des Kalten Kriegs erinnert. In der Hektik scheint für die Ampel-Regierung eines klar zu sein: Mit vermeintlicher Entspannungspolitik konnte der Krieg nicht verhindert werden, Abschreckung (gemeint ist Aufrüstung) ist das Gebot der Stunde. Eine Feststellung mit gefährlichen Folgen.

100 Mrd. € für den langen Weg zur deutschen Militärmacht

Es ist ironisch, dass Olaf Scholz am 27. Februar, dem Tag an dem allein in Berlin 500.000 Menschen gegen Krieg demonstrieren, ein Aufrü-

stungsprogramm mit bisher unbekannter Dimension verkündet. Mehr als 2% des Bruttoinlandsprodukts sollen in den nächsten Jahren für die Bundeswehr bereitgestellt werden. Dafür soll unter anderem ein Rüstungskredit von 100 Mrd. € sorgen. Mit diesem sollen neue Waffen und Rüstungsgüter beschafft werden. Konservative Sicherheitspolitiker*innen werden nicht müde, die Lüge zu verbreiten, dass es sich dabei nicht um ein Aufrüstungsprogramm sondern um ein Ausrüstungsprogramm handelt. Dabei schafft Olaf Scholz ganz andere Fakten. Die von ihm über die letzten Jahre blockierte Beschaffung von Drohnen, wird ohne jede Diskussion durchgewunken. Genauso sollen milliardenschwere amerikanische F-35 Kampffjets die Tornado-Kampfflugzeuge ablösen, um dadurch die nukleare Teilhabe zu erneuern.¹

1 Nukleare Teilhabe: In Deutschland lagern amerikanische Atombomben welche im Extremfall durch die Bundeswehr eingesetzt werden könnten.

Zudem sollen die Eurofighter-Kampfflugzeuge weiterentwickelt werden und auch das Milliardenengrab FCAS (Future Combat Air System) gilt von nun an als Säule und gesetztes Vorzeigeprojekt europäischer Rüstungsentwicklung. Während Putins Krieg und mit dem seit Jahren verbreiteten Narrativ der maroden Bundeswehr, nutzt Olaf Scholz die Gunst der Stunde, um eine Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik einzuleiten. Auch mit der Angst der Menschen vor einem möglichen Weltkrieg wird gespielt. Dass Deutschland zur Zeit die siebtgrößten Militärausgaben der Welt hat, wird leise in der Emotionalität der Situation verschwiegen – eine schlecht ausgerüstete Bundeswehr ist bei einem Militäretat von über 50 Mrd. € eine echte Kunst. Was die Zeitenwende konkret bedeutet, wird mit Blick auf die EU und NATO deutlich. Es geht in dem Aufrüstungsprogramm nicht um Solidarität zur Ukraine, sondern darum, die seit Jahren schleichende Militarisierung der EU unter deutsch-französischer Führung auf die nächste Ebene zu heben. Mit ihr soll zudem der europäische



Pfeiler in der NATO gestärkt werden. Auch gibt man den internationalen Partnern nach. Diese fordern schon seit Jahren, dass Deutschland, aus seiner wirtschaftlichen Stärke resultierend, mehr militärischen Einsatz in Europa und der Welt leisten muss. Das meint nichts weniger, als, dass sich Deutschland verstärkt an zukünftigen geopolitischen Auseinandersetzungen und Kriegen beteiligen soll. Damit stirbt das Konzept der Bundeswehr als reine Verteidigungsarmee endgültig. Olaf Scholz stellt mit dem Aufrüstungsprogramm dafür jetzt die Weichen.

Die Renaissance der NATO - eine Friedensorganisation?

Die NATO, ein Relikt des Kalten Krieges, erlebt durch Putins Invasion eine neue Legitimitätswelle. Die interne Kritik der letzten Jahre scheint wie weggeblasen. Von Zerrissenheit oder gar einem „Hirntod“, wie Macron 2014 über das Bündnis spottete, ist keine Spur. Im Anblick des Expansionsstrebens des Kreml liebäugeln viele russische Anrainerstaaten wieder verstärkt mit dem Militärbündnis. Putin eint die westlichen Regierungen. Und auch in der deutschen Zivilbevölkerung scheint Kritik an der NATO in Anbetracht Putins Invasion verklungen. Was dabei meist außer Acht gelassen

wird: Die NATO ist keine Friedensorganisation. Sie und ihre Mitglieder haben durch ihre, zum Teil völkerrechtswidrigen, Kriege in jüngster Vergangenheit einen nicht unbeachtlichen Teil der Welt in Angst und Trümmergebombt. Auch in der Vorgeschichte zu Putins Krieg trägt sie keine weiße Weste – obwohl einige deutsche Politiker*innen das Gegenteil behaupten. Die NATO-Staaten treiben seit Jahren die Aufrüstungsspirale an und verfolgen eine Konfrontationspolitik gegen alles, was ihrem Hegemonialstreben ein Dorn im Auge ist. Die Fokussierung der USA auf den Indo-Pazifik und die gesuchte Konfrontation mit China geht einher mit dem Schmieden neuer Militärbündnisse in der Region. Das treibt nicht nur China und Russland zwangsläufig noch näher zusammen, sondern birgt die Gefahr eines erneuten Kalten Krieges. Die forcierte Aufrüstung Deutschlands und der EU soll sich genau an dieser militärischen Konfrontationslogik – im Gewand des vermeintlich guten Krieges – verstärkt beteiligen.

Rückbesinnung auf die friedliche Koexistenz im Auge der Klimakatastrophe

Für alle imperialistischen Staaten, wie Russland oder die NATO-Mit-

glieder, ist Militär ein aktiv verwendetes Mittel der Außenpolitik. Die gewaltige Aufrüstung der NATO in den letzten Jahren treibt das Sicherheitsdilemma an: Andere Länder fühlen sich von den Militärausgaben bedroht und rüsten ebenfalls gewaltig auf. Der deutsche Rüstungskredit reiht sich in diesen Teufelskreis ein – Deutschland wird hinter den USA und China die drittgrößten Militärausgaben der Welt haben. Es gibt nur ein Problem: Mit Militarismus und Konfrontationspolitik lassen sich die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in einem imperialistischen Weltsystem nicht lösen. Die Klimakatastrophe ist dabei Menschheitsgefahr und Chance zum Wandel zugleich. Sie betrifft alle Staaten auf der Welt und stellt für sie eine Existenzbedrohung dar. Auch kann sie nur in Zusammenarbeit aller Staaten, vor allem der Großmächte, welche die größten Verursacher des Klimawandels sind, bekämpft werden.

In Anbetracht der kurzen Zeit, die zur Eindämmung der Klimakatastrophe bleibt, braucht es eine sofortige Rückbesinnung auf eine aktive internationale Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Die gegenseitige Souveränität zwischen Ländern und vor allem den großen imperialen Mächten, muss bedingungslos abgesichert, Militär

als aktives Mittel der Außenpolitik wiederholt untersagt und durch Rüstungskontrolle und Abrüstung die Rüstungsspirale gestoppt werden. Nur so kann internationales Vertrauen und friedliche Zusammenarbeit aufgebaut werden. Putins Krieg leistet dazu keinen Beitrag. Die russischen Truppen müssen sofort zurückgezogen werden, um die Souveränität der Ukraine wiederherzustellen und einen möglichen Weltkrieg zu verhindern. Letzteres wäre der Untergang der Menschheit. Nachhaltige Veränderungen können nur innenpolitisch und durch Bewegungen erkämpft werden. Dort setzen wir als Die Linke.SDS an. Denn bei den aktuellen Entwicklungen wird eins wieder deutlich: Auf die Mächtigen ist kein Verlass. Weder Aufrüstung noch Krieg werden uns retten. Weder NATO, noch Putin – Für eine neue Friedensbewegung! ★

Paul Füst ist 23, studiert an der Freien Universität Berlin und setzt sich für Abrüstung ein.





Klima, Krieg und Krise

Krieg, Militär und Rüstungsindustrie haben Auswirkungen auf unser Klima. **Lena** zeigt, wie eng Friedens- und Klimabewegung in ihren Kämpfen verbunden sind und an welchen Punkten sie ansetzen müssen.

Klimakrise und Krieg. Krieg und Klimakrise. Beide führen zu Hunger, Leid und Tod. Beide belasten die jüngeren und kommenden Generationen. Beide haben hohe Kosten. Beide sind vermeidbar oder zumindest eindämmbar. Für beide wird die Lösung lieber Konsument*innen zugeschoben: „Lebt ökologischer!“, „Friert für den Frieden!“ – anstatt das System zu verändern, das für die Probleme verantwortlich ist. Krieg und Aufrüstung belasten das Klima. Sie binden finanzielle, wissenschaftliche und politische Ressourcen, die für den Kampf gegen den Klimawandel benötigt werden und schwächen internationale Kooperationsformate. Neben diesen indirekten Einflüssen schädigen Kriege die Umwelt auch direkt, beispielsweise durch den Einsatz von Chemiewaffen und einem enormen Ausstoß an klimaschädlichen Gasen und Schadstoffen. Alleine das US-Verteidigungsministerium und die ihm unterstellten Truppen stießen 2017 mehr Treibhausgase aus als Länder wie Schweden oder Portugal. Die Emissionen des zweiten Irak-Krieges entsprachen etwa den jährlichen Emissionen von Neuseeland oder Kuba.

Nur Abrüstung ist konsequent

Der Treibstoff-Verbrauch von Panzern, Kriegsflugzeugen und -schiffen ist selbst in friedlichen Zeiten enorm. Ein Leopard-2-Panzer hat einen Kraftstoffverbrauch von 414 bis 530 Litern pro 100 km. Ein Eurofighter verursacht pro Flugstunde etwa so viel CO₂, wie ein*e deutsche*r Bürger*in im ganzen Jahr. Sogenannte E-Panzer oder Kriegsfahrzeuge, die mit E-Fuels betankt werden, grenzen an blanken Hohn und lösen das Problem nicht ansatzweise. Die einzig konsequente Handlung ist Abrüstung. Für 2019 gibt die Bundeswehr einen CO₂-Ausstoß von 1,45 Millionen Tonnen an – Auslandseinsätze und Rüstungsproduktion nicht einberechnet. Eine Studie im Auftrag der Linken im Europaparlament schätzt den tatsächlichen Ausstoß circa dreimal so hoch. Beim Klimaschutz hat die Armee zwischen 2014 und 2019 praktisch keine Fortschritte gemacht und durch enorm steigende Rüstungsausgaben wird dies auch in den folgenden Jahren nicht passieren. Brennende Ölfelder in Kuwait, der Einsatz von Herbiziden im Vietnamkrieg, das Niederbrennen von Wäldern in Nagorny-Karabach, das

Zerstören der Ölindustrie in Syrien und der Einsatz der Kriegstaktik „Verbrannte Erde“ in Myanmar sind direkte Kriegshandlungen, die die Klimakatastrophe ebenfalls beschleunigen. Hinzu kommt der Ausstoß an Treibhausgasen, der bei dem Wiederaufbau eines Landes nach einem Krieg entsteht. Laut *Clima Policy Initiative* müssten jährlich 3.800 Milliarden US-Dollar investiert werden, um das 1,5°C-Ziel noch zu erreichen – das Doppelte der weltweiten Militärausgaben. Die öffentlichen Ausgaben für Klimaschutz und -anpassung entsprechen aktuell jedoch nur 16,2% der weltweiten Militärausgaben. Das bezieht sich wohlgerne auf die Zahlen vor Kriegsbeginn in der Ukraine.

Globaler Wandel in Richtung Frieden und Klimagerechtigkeit

Die Wissenschaft ist sich aufgrund des komplexen Ursachengeflechts nicht einig, ob die Klimakrise zu Konflikten oder zu Kooperation führen wird. Potentielle Kämpfe um, durch die Erderwärmung freigelegte, Ressourcen in der Arktis oder um die Kontrolle der Ressource Wasser, zum Beispiel am Brahmaputra in Tibet,

sind denkbar. Und sollte die Klimakrise nicht zu mehr Konflikten führen, so bedroht sie dennoch konkret unsere Sicherheit - zum Beispiel die Ernährungssicherheit und unsere ökologische Sicherheit. Forderungen nach einer konsequenten, globalen Abrüstung müssen deshalb in die Klimabewegung einfließen. Wir müssen dafür kämpfen, dass die gesamten Emissionen der Rüstungsindustrie und des Militärs in die Klimaberichte aufgenommen werden und eine Organisation geschaffen wird, die Rüstungsemissionen überwacht und begrenzt. Wir brauchen ein Umdenken im Sinne des Buen Vivir Konzepts indigener Völker Südamerikas oder der Just Transition Bewegung. Klima- und Friedensbewegung müssen gemeinsam den globalen Wandel in Richtung Frieden und (Klima-) Gerechtigkeit schaffen! ★

Lena-Johanna Schmidt (25) ist seit 2019 in DIE LINKE Gießen aktiv. Ziel ihrer politischen Arbeit ist der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft.



Wie die Klimabewegung gewinnen kann

Die Klimabewegung muss das Bündnis mit den Beschäftigten suchen – **Aron** erläutert, warum der SDS alle klimapolitisch interessierten Aktivist*innen im November zum System Change Kongress einlädt.

Die globale Bedrohung der Klimakrise hat im Jahr 2019 alleine in Deutschland bis zu 1,4 Millionen Menschen auf die Straße gebracht. Die Klimastreiks waren die größten Proteste seit 1953. Trotzdem haben sie die Politik kaum beeinflusst. Es gab, wenn überhaupt, nur stellenweise milde Reförmchen, die viel zu klein waren, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen. Der Meeresspiegel steigt, Dürreperioden bedrohen die Ernten und spätestens seit den Überschwemmungen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr sind die direkten Auswirkungen der Klimakrise auch in Deutschland deutlich spürbar. Die Herrschenden investieren in bessere Warnsysteme und bauen höhere Deiche. Sie versuchen, die Folgen des globalen Klimawandels zu kaschieren, anstatt die Behebung seiner Ursachen endlich anzugehen. Das ist auch den Klima-Aktivist*innen von Fridays for Future, Ende Gelände oder Extinction Rebellion klar. Und der Frust darüber ist riesig. Um die Politik zum Handeln zu zwingen, werden derzeit zwei strategische Ansätze in der Bewegung diskutiert. Zum einen gibt es das „Weiter so“-Lager. Der politische Druck soll durch noch größere, besser organisierte, regelmäßige Klimastreiks stetig

erhöht werden. Zusätzlich wird vermehrt auf Lobbyarbeit gesetzt. Dieser Ansatz hat sich seit 2019 nicht sonderlich weiterentwickelt und im Wesentlichen handelt es sich um reinen Protest mit Appellcharakter. Zum anderen existiert der Ansatz des zivilen Ungehorsams und der friedlichen Sabotage. Dabei sollen, wie bei der Besetzung von Kohlelagern durch Ende Gelände, fossile Energieträger oder die kapitalistische Infrastruktur getroffen werden. Ein weiteres Beispiel dafür sind die Blockaden von Autobahnen und des Hamburger Hafens durch die Kleinstorga „Letzte Generation“. Beide Strategien sind nachvollziehbar und legitim. Doch weder der Appell an die Herrschenden noch die Protestaktionen einer radikalen Minderheit können die notwendige Kraft aufbringen, die Systematik hinter der Klimakrise zu überwinden. Als Sozialist*innen sind wir davon überzeugt, dass es für den notwendigen, radikalen Bruch mit diesem System breite gesellschaftliche Mehrheiten braucht. Nur durch diese kann, neben der durch Appelle erzielten politischen Macht, auch ausreichend ökonomische Macht erkämpft werden! Wenn die Hafentarbeiter*innen in Hamburg die logistischen Abläufe des Kapitals bestreiken würden,

träfe es dieses viel härter als die Blockade einer Minderheit, die dabei zusätzlich die Arbeiter*innen gegen sich aufbringt: Da unter der aufgestauten Mehrarbeit zunächst nur die Arbeiter*innen leiden, sehen sie sich in ihren Interessen von der Klimabewegung nicht berücksichtigt. Wir haben uns gefragt, wie es die Klimabewegung schaffen kann, noch stärker zu werden. Wir schlagen vor, das Bündnis mit den Beschäftigten zu suchen, statt sie zu den Leidtragenden des Protests zu machen. Für dieses Bündnis muss die soziale Frage unbedingt in die Klimafrage einbezogen werden. Wieso sollten sich Menschen aus den Betrieben mit der Klimabewegung gemein machen, wenn Forderungen, wie die CO₂-Bepreisung, am Ende auf die sozial Schwachen abgewälzt werden? Wieso für den Ausbau im ÖPNV kämpfen, wenn nicht zeitgleich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gefordert wird? Solch ein Bündnis kann nur lokal entstehen. Deshalb müssen wir die Beschäftigten einbeziehen und eine gemeinsame Strategie entwickeln, die niemanden außer Acht lässt. Für diese sozial-ökologische Klassenpolitik braucht es ein gewisses Maß an Fingerspitzengefühl, um die richtigen Forderungen richtig zu artikulieren und dabei noch überzeu-

gend zu sein. Um das zu erreichen schlagen wir politischen Klimaaktivist*innen vor, sich auf unserem Kongress als Organizer*innen ausbilden zu lassen. Organizer*innen sind Menschen, die über das methodische und praktische Wissen verfügen, eben diesen Schulterschluss herzustellen. Das ist beispielsweise mit der strukturellen Erschließung von Bündnispartner*innen oder einem vorher eingeübten Gewinnungsgespräch für das gemeinsame, konkrete Projekt möglich. Vom 04. - 06. November werden wir auf dem „System Change Kongress“ in Leipzig zusammenkommen. Dort wird es Schulungen und Diskussionen über den Zusammenhang von Klima und Kapitalismus und über Alternativen geben. Wir werden uns im Organizing ausbilden lassen und Verabredungen treffen, die unsere nächsten strategischen Schritte in unserer jeweiligen Stadt konkret bestimmen. ★

Aron Schröter studiert in Hannover Politikwissenschaft, ist in seiner Ortsgruppe und im Bundesvorstand von Die Linke.SDS aktiv.



„Die Leichtigkeit ist verloren gegangen“

Ein Ende der Pandemie ist nicht abzusehen. Viele Studierende leiden psychisch darunter. **Emma** hat mit einem betroffenen Studenten und einem Psychologen gesprochen.

Die Hälfte der Studierenden fühlt sich zur Zeit beim Gedanken ans Studium „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Das hat eine Umfrage des freien Zusammenschlusses der Student*innenschaften (fzs) aus dem Wintersemester 2021/2022 ergeben. Jonas studiert Soziologie in Freiburg. Ihm geht es nicht anders: „Ich stelle mir die Sinnfrage bezüglich meines Studiums. Ich überlege, was ich da eigentlich persönlich rausziehe und ob es sich für den Abschluss lohnt, weiterzumachen.“

Studienzweifel sind keine Seltenheit, unter Coronabedingungen aber noch schwieriger zu bewältigen. Freizeitmöglichkeiten sind begrenzt, durch den Mangel an sozialen Kontakten fehlt der Ausgleich. Viele Studierende entwickelten deshalb Ängste oder Depressionen, berichtet der Psychologe Matic Rozman. Er arbeitet in der psychotherapeutischen Beratung des

Studierendenwerks Freiburg. Die Beratungsstelle soll ein niedrigschwelliges Angebot für Studierende sein, die gerade eine Krise durchmachen. Seit der Pandemie ist der Zulauf so groß wie noch nie: „Eigentlich ist es unser Anspruch, dass man noch in derselben Woche einen Termin bekommt“, sagt Rozman. Momentan dauert es zwischen vier und fünf Wochen.

Das Soziale fehlt

Das Studium ist eine Phase, in der sich einiges im Umbruch befindet. Viele ziehen in eine andere Stadt und bauen ein neues soziales Umfeld auf, was sich schwierig gestaltet, wenn das ganze Studium online stattfindet. „Das Soziale war für mich einer der wichtigsten Faktoren am Studieren; Menschen zu treffen, die sich für ähnliche Dinge interessieren und

sich mit ihnen über diese Themen auszutauschen, generell einen Alltag mit ihnen zu teilen“, sagt Jonas. Auch Rozman sieht in den Einschränkungen der sozialen Kontakte ein großes Problem: Studierende sind eine besonders vulnerable Gruppe. Sie befinden sich in einer Lebensphase, die einen neuen Abschnitt darstellt und in der sie darauf angewiesen sind, Kontakte zu knüpfen. Hier wird Corona in vielerlei Hinsicht zum Hindernis. Die Pandemie beeinflusst nicht nur viele Biografien, auch die Entwicklung der intellektuellen Fähigkeiten der Studierenden ist stark eingeschränkt: „Das Studium hat dadurch, dass weniger Diskussionen geführt werden können, an fachlicher Qualität verloren“, sagt Jonas. Außerdem hatten die Dozierenden zu Beginn keine Erfahrung mit Onlinelehre und konnten nur schlecht einschätzen, wie viel den Studieren-

den zuzumuten war. „Ich hatte gerade am Anfang der Pandemie das Gefühl, dass es zu viel war“, so Rozman. Hinzu kommt, dass Dozierende schwer für die Studierenden zu erreichen seien und mit Verzögerung auf Mails antworteten, Sprechstunden ausfallen ließen und die Begegnungszeiten noch knapper würden. „Es ist eine zusätzliche Quelle der Verunsicherung und Belastung, wenn sich Fragen nicht zeitnah klären lassen.“

Wenn das Geld knapp wird

Mit einer verringerten Qualität des Studiums für eine gewisse Zeit können manche vielleicht noch leben, aber wirklich schwierig wird es, wenn Geldsorgen dazukommen. Wie viele Studierende, hat Jonas

ANZEIGE

anders.



Jetzt abonnieren!

jungewelt.de/abo • 0 30/53 63 55-80



Foto: by Sora Photography on Unsplash

seinen Nebenjob in einem Hostel verloren. Die sogenannte *Überbrückungshilfe* des Bundes, für die er am Anfang der Pandemie einen Antrag stellte, wurde ihm nicht bewilligt. Diese wurde nur ausgezahlt, wenn man weniger als 500 Euro auf dem Konto hatte – was oftmals gerade für eine Miete reicht. „Zwischendurch konnte ich meinen Job für ein paar Monate machen, dann wieder nicht mehr. Einen alternativen Job zu finden war nicht leicht, weil es weniger Angebote gab. Das war schon belastend. Ich stand schon vorher finanziell nicht besonders gut da und das hat es nochmal erschwert.“

Auch Rozman hat viele Studierende erlebt, die mit ähnlichen Schwierigkeiten zu ihm kamen: „Eine prekäre finanzielle Situation kann sehr beunruhigend sein. Wenn die Eltern auch nicht helfen können, kann das zu einem erhöhten Druck im Studium und zu Konzentrationsproblemen führen. Man hat Sorgen, die so stark sind, dass man nicht so frei lernen kann, wie man es eigentlich wollen würde.“

Präsenz alleine ist keine Lösung

Rozman betont, dass viele Studierende stark darauf angewiesen seien, den Stoff im Vorlesungssaal vermittelt zu bekommen. Vor dem

Bildschirm litten sie häufiger unter Konzentrationsschwierigkeiten und neigten eher dazu, gedanklich abzudriften. Er plädiert daher für mehr Präsenzlehre, sieht aber auch die Gefahren: „Die Studierenden müssen selbst abwägen, ob sie sich dieser Situation aussetzen möchten. Was die Infektionszahlen angeht, finden manche Lockerungen vielleicht zu früh statt. Es ist aber andererseits auch etwas anderes, in ein Restaurant zu gehen, als mit einer gut sitzenden Maske in einem Vorlesungssaal zu sitzen.“

Für Jonas stellt die Forderung nach Präsenzuni keine Lösung für die aktuellen Probleme dar: „Nicht alle fühlen sich wohl, bei den steigenden Inzidenzzahlen und Hospitalisierungsraten in eine Präsenzveranstaltung zu gehen.“ Mit dieser Entscheidung werden die Studierenden allein gelassen.

Alternative Lösungen finden

Viel Hoffnung gegenüber der Uni hatte Jonas ohnehin nicht: „Ich nehme die Uni als bürokratischen, unpersönlichen Apparat wahr, bei dem man anklopfen kann, wenn man etwas will, der von sich aus aber nicht nach einem schaut.“ Während der Pandemie sei das nicht anders gewesen. Er hätte sich gewünscht, dass die Uni mehr Möglichkeiten geboten

hätte, damit sich die Studierenden untereinander vernetzen können. „In Zeiten, in denen es möglich war, hätte ich informelle Treffen im Freien schön gefunden. Aber auch Gruppenarbeiten oder Onlineräume nach Seminaren finde ich entlastend.“

Auch einen Ausbau der psychotherapeutischen Beratungsstelle oder weitere psychologische Unterstützungsangebote über die Uni hätte er begrüßt. Rozman erklärt dazu, dass es unter Coronabedingungen noch komplizierter als ohnehin schon sei, einen Therapieplatz zu finden: „Die Nachfrage ist deutlich gestiegen, den Leuten geht es mit der Pandemie nicht gut. Die psychotherapeutische Versorgung konnte nicht kontinuierlich gewährleistet werden. Es fehlen Kapazitäten.“

„Man bräuchte eine Verschnaufpause“

Die Pandemie habe bei vielen Menschen Spuren in der Psyche hinterlassen. Und sie ist noch längst nicht vorbei. Die Inzidenzen steigen weiterhin, jeden Tag sterben Menschen an Corona und viele, auch junge und gesunde Menschen, leiden unter Long-Covid und Langzeitfolgen der Infektion. „Mittlerweile sind alle sehr müde und erschöpft“, sagt Rozman. „Jetzt zu erwarten, dass das Leben normal weitergeht, wäre wie nach einem langen Marathon-

lauf zu sagen: Jetzt ist das Aufwärmen fertig, jetzt können wir mit dem Training starten! Eigentlich bräuchte man jetzt erst eine kleine Verschnaufpause.“

Auch Jonas merkt, wie ihn die Pandemie mitgenommen hat: „Das starke Einschränken von Kontakten über die lange Zeit hinweg macht mir zu schaffen, aber auch das ständige Beobachten und Neubewerten der Pandemielage, Quarantäne und Coronakontakte. Das nimmt alles viel Raum ein und ist sehr anstrengend.“ Spontane Freizeitaktivitäten oder Reisen, all das sei sehr kompliziert bis unmöglich: „Die Leichtigkeit ist verloren gegangen.“ ★

Vielen Studierenden hat die Pandemie zugesetzt. Wenn du auch das Gefühl hast, professionelle Unterstützung oder Beratung zu gebrauchen, kannst du über die Terminservicestellen der kassenärztlichen Vereinigungen (Tel-Nr.: 116 117) unkompliziert ein Erstgespräch mit einer Therapeut*in vereinbaren. Außerdem bieten viele Universitäten Angebote für eine psychosoziale Beratung.



Emma Rotermund ist 23 und studiert Soziologie und Deutsche Literatur in Freiburg.



Foto: by Julie Ricard on Unsplash

Willkommenskultur Reloaded

In der Ukraine herrscht Krieg. Wir dürfen uns nicht der Vorstellung hingeben, dass die Menschen, die jetzt fliehen, morgen schon wieder zurückkehren können. **Lukas** erklärt, warum wir neben zivilgesellschaftlicher Solidarität auch nachhaltige Bleibeperspektiven für Geflüchtete brauchen.

Durch den Krieg in der Ukraine sind mehrere Millionen Menschen in EU-Staaten angekommen, weitaus mehr sind Binnenvertriebene. Trotz Solidaritätsbekundungen der Regierungen und starkem gesellschaftlichen Rückhalt zeigt sich der Rassismus des europäischen Grenzregimes.

Einerseits zeigt sich eine unerschütterliche Aufnahme- und Hilfsbereitschaft. Als Linke begrüßen wir dies, denn die Menschen, die jetzt flüchten, benötigen Unterstützung. An Kriegen leidet immer zuerst die Zivilbevölkerung – nicht die Reichen und nicht die Herrschenden.

Festung Europa, war da was?

Was in der ganzen Solidaritätseuphorie doch aufstößt, ist die Selektivität. Es gibt seit Beginn des Krieges immer wieder Berichte, dass die Ausreise aus der Ukraine unter anderem für Angehörige aus afrikanischen Staaten blockiert wird. Auf der Flucht sind sie massiver Gewalt seitens der Polizei ausgesetzt und berichten, dass sie nicht in Busse gelassen werden. Beispielsweise sprach ein CBS-Reporter von *zivilisierten* und *unzivilisierten* Flüchtenden. Hier zeigt sich die Auswirkung einer rassistischen Migrationspolitik, die Menschen priorisiert und ihnen Bewegungsfreiheit nimmt. Die Migrationswissenschaftlerin Sabine Hess stellte in einem Interview mit dem Spiegel

klar: „Wir werden also nicht umhinkommen, auch bei diesem Konflikt über Rassismus zu sprechen“.

Sie betont noch einmal, „mit welchen Mitteln man versucht, Fliehende aus dem Globalen Süden in Massenlagern festzuhalten, damit sie nicht nach Europa gelangen können.“ Beispiele dafür gibt es genug: 2020 brannte das Geflüchtetenlager Moria. Damals war es nicht möglich 10.000 Menschen in der EU zu verteilen, weil es *Kapazitätsgrenzen* geben würde. Im Winter entschied man sich, Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze erfrieren zu lassen. Im Februar ermordeten sogenannte *Grenzschrützer*innen* in Griechenland Flüchtende, indem sie sie einfach ins Meer warfen. An den Grenzen der EU werden Menschen mit schrecklichsten Gewalt daran gehindert europäischen Boden zu betreten. Jedes Jahr. Tausende Tote.

Franziska Giffey (SPD), Regierende Bürgermeisterin von Berlin, ließ kürzlich verlauten: „Wir hören aus der ukrainischen Community, dass viele, die hier ankommen, nicht als Erstes die Frage stellen: Wo kann ich Leistungen beantragen.“ Sie stellten vielmehr als Erstes die Frage: Wo kann ich arbeiten? Nicht nur, dass sie impliziert, dass es *arbeitsunwillige* Geflüchtete gibt; ebenfalls unterschlägt sie, dass vielen Geflüchteten die Arbeitserlaubnis fehlt. Zudem wird hier deutlich, dass es der deutschen Politik um billige Arbeitskräfte geht.

Wiederholt sich Geschichte?

Diese Ungleichbehandlung macht wütend und hilflos. Wir sollten die Fehler von 2015 auf keinen Fall wiederholen. Viele Kommunen waren damals schon nach wenigen Tagen überfordert, weil sie allein gelassen wurden. Dabei kamen 2015 in Berlin höchstens 1.000 Menschen am Tag an, heute sind es bis zu 10.000. Die Solidarität aus der Zivilgesellschaft ist noch immer enorm. Die Kommunen brauchen jedoch dringend Unterstützung vom Bund. Wenn diese fehlt, laufen wir Gefahr, dass sich rassistische Ausschreitungen wie in Rostock-Lichtenhagen oder Mölln Anfang der 1990er wiederholen. Eine Welle ausländerfeindlicher Gewalttaten ging damals durch Deutschland. Im Dezember 1992 verständigten sich Vertreter*innen von Union, SPD und FDP auf eine Einschränkung des Asylrechts. Diese stellt bis heute einen Paradigmenwechsel dar; seither gibt es sogenannte „sichere“ Drittstaaten. Wir alle wissen, was das bedeutet: Abschiebungen.

Solidarität heißt...

Wir dürfen die Schattenseiten von 2015, die Veränderung im politischen Diskurs, nicht vergessen. Hess sagt dazu: „Es war eine politische Entscheidung der damaligen Bundesregierung, irgendwann auf Abschreckung zu setzen. Man saß dem Irrtum auf, die Rechtspopu-

listen zu schwächen, indem man ihren Diskurs übernahm“. Nun ist es an der gesellschaftlichen Linken, dass nicht zugelassen wird, dass die Solidarität mit den einen zu Lasten von anderen geht. Doch wir müssen uns auch bewusst sein, dass die staatliche Reaktion auf Fluchtbewegungen immer zu einer Einschränkung des Asylrechts geführt hat.

Alle, die vor Krieg fliehen, haben das Recht, Schutz zu suchen. Es muss alles getan werden, damit die Menschen aus der Ukraine in Sicherheit kommen. Diese Hilfe und Anteilnahme muss jedoch für alle Menschen gelten, egal welche Staatsangehörigkeit sie haben und ob sie aus der Ukraine, aus Libyen, Afghanistan oder einem anderen Land fliehen. Solidarität heißt: Aufnahme für alle. Genauso wichtig ist eine langfristige Perspektive: Teilhabe- und Bleibegerechtigkeit für alle. Ein Richtungswechsel in der Migrationspolitik kann nur in Zusammenspiel mit einer gerechteren Wirtschafts- und nachhaltigen Friedenspolitik gelingen. ★

Lukas studiert Politische Theorie in Frankfurt a.M. und versucht weder in, noch auf einer Bank zu enden.



Der Hauptfeind in der eigenen Hochschule

Über die neue Relevanz der Zivilklausel in Zeiten zunehmender Militarisierung berichten **Tristan** und **Felix**.

Hundert Mrd. Euro: Mit dieser unglaublichen Summe könnte der gesamte Sanierungsstau an deutschen Hochschulen abgebaut und zusätzlich der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung verdoppelt werden. Doch statt in die Ausbildung von dringend benötigtem Lehrpersonal zu investieren oder der massiven Unterfinanzierung der Geisteswissenschaften ein Ende zu bereiten, fließt das Geld in die Militarisierung der Bundesrepublik. Geld, das über die Rüstungsindustrie – beispielsweise in Form von Zuschüssen und Forschungsprojekten – durchaus seinen Weg an deutsche Hochschulen finden wird. Daher sollte gerade jetzt die Forderung nach Zivilklauseln an den deutschen Hochschulen mit neuer Vehemenz aufgegriffen werden. Denn gerade in Zeiten militari-

scher Mobilmachung müssen Hochschulen Verantwortung übernehmen. Hochschulen sollten zu einer antimilitaristischen Forschung mit dem Ziel der Friedenswahrung stehen, wie es von Studierenden schon seit den 1980er Jahren immer wieder in zahllosen Debatten gefordert wird. Studierendenschaften auf Hochschul- und teils sogar Landesebene kämpften in langen Auseinandersetzungen für ihre Forderungen. Erfolgreich! Bis 2019 haben sich über 60 Hochschulen verpflichtet, ausschließlich zu zivilen Zwecken zu forschen. Diese bilden in Deutschland leider eine traurige Minderheit, denn an den meisten Hochschulen wird weiterhin unbehelligt Rüstungsforschung betrieben. Die jetzt von der Regierung bewilligten Milliarden werden die militärische Forschung

weiter kräftig antreiben und damit sämtliche Bemühungen dieser Art zunichtemachen. Die Universitäten sind schließlich auf Geld angewiesen und kaum ein anderer Wirtschaftszweig kann auf derartiges Kapital zurückgreifen. In den USA zählt das Pentagon beispielsweise zum drittgrößten Investor an den Hochschulen. Diese Gelder stärken jedoch nicht die freie Wissenschaft, sondern fördern finanzielle Abhängigkeit. Dadurch wird auch der Forschungsschwerpunkt verlagert. Dies fällt nicht nur den Geisteswissenschaften auf die Füße; auch im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen kann der dringend notwendige Ausbau nicht geschehen. Dass die Mittel zur Verfügung stehen, wenn man denn nur will, hat die Bundesregierung mit dieser

vorher unvorstellbaren Summe nun bewiesen. Die antimilitaristische Bewegung inner- und außerhalb der Hochschulen muss für Zivilklauseln und eine zweckungebundene Finanzierung der Forschung streiten, denn nur so kann eine unabhängige Wissenschaft und eine progressive Lehre entstehen. ★



Felix studiert Soziale Arbeit an der DHBW Stuttgart. Als Teil des SDS ist er dort gegen die Kooperation seiner Hochschule mit der Rüstungsindustrie aktiv. **Tristan** studiert Gesellschaft und Kulturen der Moderne an der JLU Gießen, wo er für den Asta als Referent für Hochschulpolitik unterwegs ist.

Die Welt im dauerhaften Krisenzustand

Nicht erst seit dem Einmarsch Putins in die Ukraine ist die Welt im Krisenzustand. Wir beleuchten einige militärische Konflikte und geben einen Überblick über deutsche Waffenexportgenehmigungen.

Entgegen der Erwartungen sind Kriege kein Phänomen der vergangenen Jahrhunderte. Im Gegenteil: Über 82,4 Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Häufig sind es Kriege, die die Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen. NATO-Staaten sind oftmals involviert, manchmal direkt und manchmal auch indirekt, zum Beispiel in Form von Waffenlieferungen. Der Klimawandel wird in den nächsten Jahrzehnten zu weiteren Konflikten und Kriegen führen. Daher ist eine Verbindung von Klima- und Friedenspolitik wichtiger denn je. Die Konflikte auf der Welt zeigen uns dies.

Deutsche Waffen in aller Welt

Im vergangenen Jahr genehmigte die Bundesregierung deutschen Konzernen den Export von Rüstungsgütern im Wert von insgesamt 9,3 Milliarden Euro. Das ist eine Rekordsumme: Noch nie hat der Deutsche Bundestag so vielen Exportvorhaben grünes Licht gegeben. Waffen "Made in Germany" sind gefragt: Deutschlands Rüstungskonzerne haben weltweit einen Marktanteil von 4,5%. Damit steht Deutschland auf Platz 5 des weltweiten Rüstungshandels. An dieser Stelle muss zwischen genehmigten und durchgeführten Rüstungsexporten unterschieden werden. Die Karte gibt einen Überblick über die von der Bundesregierung genehmigten Waffenexporte.

Mexiko

In einigen Staaten Mexikos stehen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung und oftmals sind deutsche Waffen involviert: 2014 wurden bei studentischen Protesten sechs Student*innen getötet, 40 schwer verletzt und 43 weitere von der Polizei entführt und vermutlich umgebracht. Die Polizei war mit G36 Gewehren von Heckler&Koch ausgerüstet, welche in den 2000er Jahren trotz Waffenembargo der Bundesregierung in den mexikanischen Bundesstaat Guerrero exportiert wurden.

Mali

Die ehemalige französische Kolonie befindet sich seit nun zehn Jahren in militärischen Auseinandersetzungen. Um den eigenen Einfluss zu wahren und die ihnen nahestehende Regierung zu unterstützen, intervenierte Frankreich im Jahr 2012. Auch die deutsche Bundeswehr ist als Teil des EU-Einsatzes in Mali stationiert, bei dem regierungstreue Truppen für den Kampf gegen die Tuareg ausgebildet werden.

Ägypten

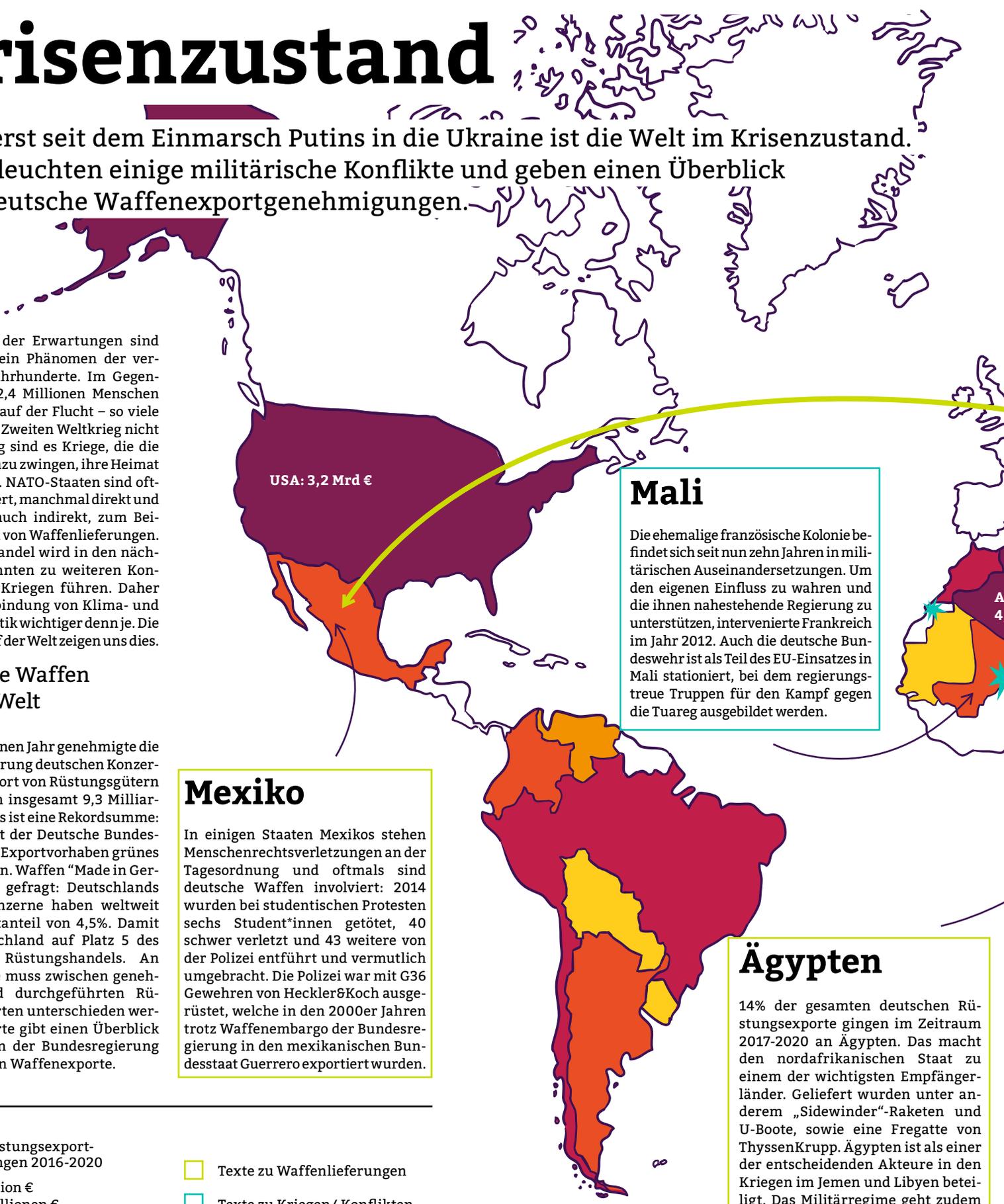
14% der gesamten deutschen Rüstungsexporte gingen im Zeitraum 2017-2020 an Ägypten. Das macht den nordafrikanischen Staat zu einem der wichtigsten Empfängerländer. Geliefert wurden unter anderem „Sidewinder“-Raketen und U-Boote, sowie eine Fregatte von ThyssenKrupp. Ägypten ist als einer der entscheidenden Akteure in den Kriegen im Jemen und Libyen beteiligt. Das Militärregime geht zudem seit 2013 rigoros gegen seine eigene Bevölkerung vor: über 65.000 Oppositionelle sind in Ägypten inhaftiert.

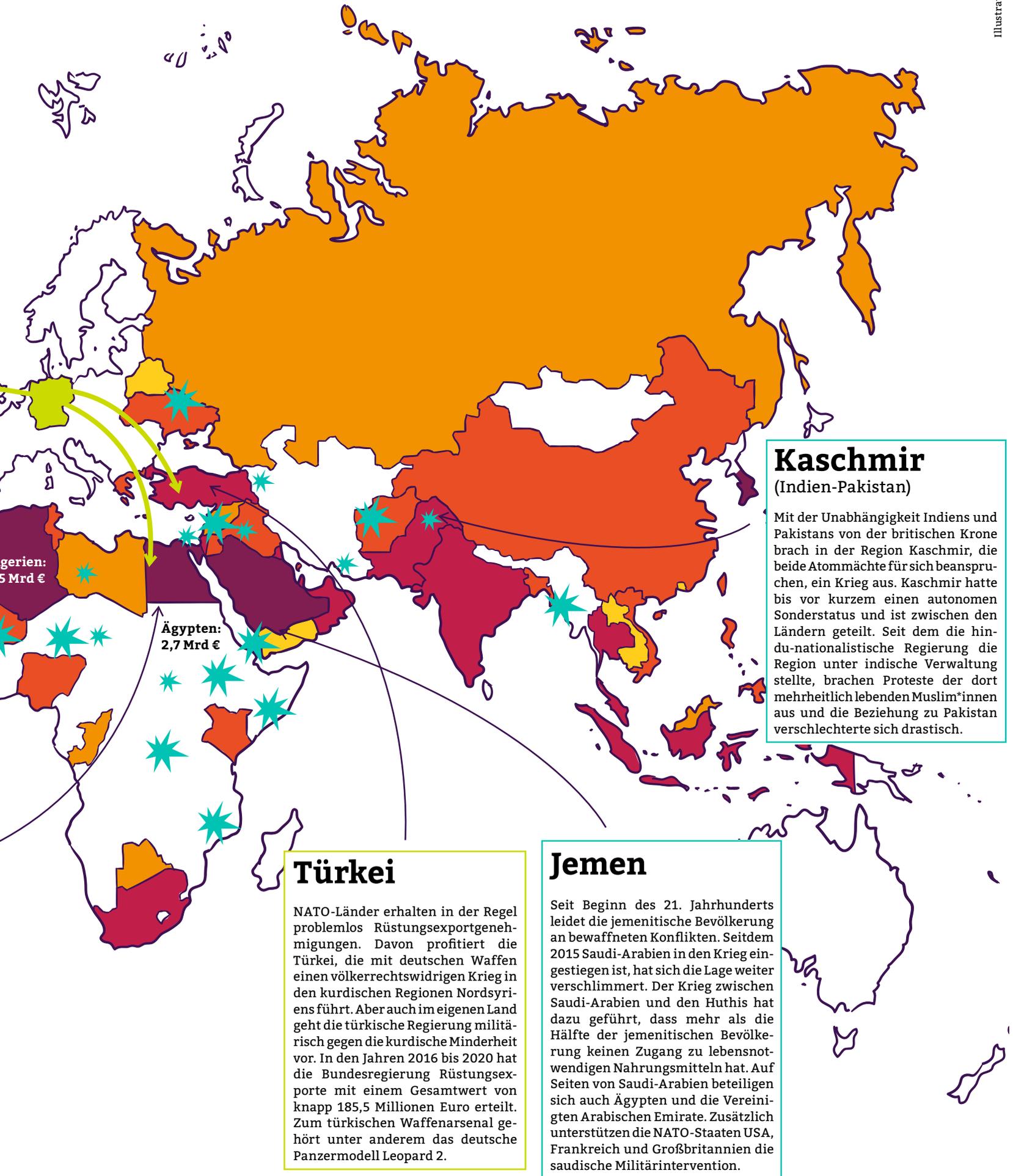
Legende

deutsche Rüstungsexportgenehmigungen 2016-2020

- < 1 Million €
- < 10 Millionen €
- < 100 Millionen €
- < 1 Milliarde €
- > 1 Milliarde €

- Texte zu Waffenlieferungen
- Texte zu Kriegen/ Konflikten
- Krieg
- militärischer Konflikt





Kaschmir
(Indien-Pakistan)

Mit der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans von der britischen Krone brach in der Region Kaschmir, die beide Atommächte für sich beanspruchen, ein Krieg aus. Kaschmir hatte bis vor kurzem einen autonomen Sonderstatus und ist zwischen den Ländern geteilt. Seit dem die hindu-nationalistische Regierung die Region unter indische Verwaltung stellte, brachen Proteste der dort mehrheitlich lebenden Muslim*innen aus und die Beziehung zu Pakistan verschlechterte sich drastisch.

Türkei

NATO-Länder erhalten in der Regel problemlos Rüstungsexportgenehmigungen. Davon profitiert die Türkei, die mit deutschen Waffen einen völkerrechtswidrigen Krieg in den kurdischen Regionen Nordsyriens führt. Aber auch im eigenen Land geht die türkische Regierung militärisch gegen die kurdische Minderheit vor. In den Jahren 2016 bis 2020 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte mit einem Gesamtwert von knapp 185,5 Millionen Euro erteilt. Zum türkischen Waffenarsenal gehört unter anderem das deutsche Panzermodell Leopard 2.

Jemen

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts leidet die jemenitische Bevölkerung an bewaffneten Konflikten. Seitdem 2015 Saudi-Arabien in den Krieg eingestiegen ist, hat sich die Lage weiter verschlimmert. Der Krieg zwischen Saudi-Arabien und den Huthis hat dazu geführt, dass mehr als die Hälfte der jemenitischen Bevölkerung keinen Zugang zu lebensnotwendigen Nahrungsmitteln hat. Auf Seiten von Saudi-Arabien beteiligen sich auch Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate. Zusätzlich unterstützen die NATO-Staaten USA, Frankreich und Großbritannien die saudische Militärintervention.

Ungarn:
5 Mrd €

Ägypten:
2,7 Mrd €



Foto: by Ehimetator Akhere-Uhuabona on Unsplash

Brennpunkt Krankenhaus

Der Pflegenotstand verschärft die Situation in den Krankenhäusern bundesweit. Deswegen streiken im Mai die Pflegekräfte in NRW, falls sich bis dahin nichts ändert. Über die Notwendigkeit der Arbeitskämpfe und den Tarifvertrag Entlastung berichtet **Moritz**.

Es ist mal wieder soweit: Leere Supermarktregale in der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Mal fehlt Speiseöl. Das kommt hauptsächlich aus Russland und der Ukraine in unsere Supermärkte, also wird mal wieder gehamstert, was das Zeug hält. Wer kann schon sagen, wann es Nachschub gibt?! Oder ob überhaupt?! Wie immer ist unsere Aufmerksamkeit an den völlig falschen Stellen gebündelt und selbst fehlendes Speiseöl und hohe Spritpreise werden zynisch als Vorboten der Apokalypse gedeutet.

Bei all den düsteren Prophezeiungen wird leider schnell verschwiegen,

ANZEIGE

RENÉ ARNSBURG & SASCHA STANIČIĆ (HRSG.)
KAMPF UM DIE UKRAINE

Marxistische Analysen zu Krieg und Krise in der Ukraine und zur Rolle der Großmächte

ca. 250 Seiten, 14,90 €, ISBN 978-3-96156-121-6
Erscheint Anfang April - erhältlich überall im Buchhandel und unter www.manifest-buecher.de

dass es auch schon lange vor der Ukraine-Invasion genug gute Gründe gab, sich um unsere Infrastruktur zu sorgen: Spätestens die Corona-Pandemie hat doch eigentlich schon deutlich gemacht, wie katastrophal es zum Beispiel um unsere medizinische Versorgung bestellt ist. Unsere Krankenhäuser sind dabei Brennpunkt und Hoffnungsschimmer zugleich, denn ein Arbeitskampf bahnt sich an, der unsere Aufmerksamkeit mehr verdient als leere Supermarktregale.

Am ersten Mai, pünktlich zum Internationalen Kampftag der Arbeiter*innen, werden die Beschäftigten aller sechs großen Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen in den Streik gehen. Das tun sie, weil ihre Arbeitsbedingungen seit Jahren immer prekärer werden und die Politik und Arbeitgeber*innen auf ihre Hilferufe trotz Zusicherungen bislang mit kaum mehr als Applaus reagiert haben. Doch was die Beschäftigten wirklich brauchen, ist Entlastung. Und zwar schleunigst.

Das Problem hat einen Namen: Pflegenotstand. Er ist mittlerweile den meisten Menschen ein Begriff und beschreibt einen akuten Personalmangel in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Zu wenige Arbeitskräfte müssen zu viel leisten. Das kommt nicht von irgendwo: Dank demographischem Wandel werden immer mehr Menschen in der Bundesrepublik pflegebedürftig. Gleichzeitig rücken immer weniger

Menschen in Pflegeberufe nach. Die schlechten Arbeitsbedingungen treiben noch bestehende Arbeitskräfte aus dem Beruf. Ein Teufelskreis entsteht, der seit Jahren die Situation in den Krankenhäusern verschärft. Den überarbeiteten Pflegekräften unterlaufen Flüchtigkeitsfehler, Auszubildende müssen ohne die nötige Einarbeitung völlig allein klar kommen, und „mal eben eine Pause“ kann auch niemand machen. Das gefährdet nicht nur die Pfleger*innen, sondern auch die Patient*innen, denn eine angemessene Versorgung kann nicht immer gewährleistet werden.

Die Lösung liegt auf der Hand: Ein Tarifvertrag muss her, der den Krankenhäusern eine sinnvolle Personalbemessung vorschreibt. Die darf nicht nur für Pflegepersonal gelten, sondern muss für alle Krankenhausbeschäftigten greifen. Außerdem muss für angemessenen Ausgleich gesorgt werden, wenn Arbeitsplätze doch mal unterbesetzt sein sollten. Der TVE (Tarifvertrag Entlastung) ist vielleicht der wichtigste Schritt, den Beschäftigte an Krankenhäusern jetzt gehen können, um ihre eigenen Arbeitsbedingungen zu verbessern. Er schafft akute Abhilfe gegen den Pflegenotstand, weil er Abwanderung von Arbeitskräften vermindert, die Rückkehr in die Pflege begünstigt, und Ausbildungsplätze attraktiver gestaltet. Er ist weiterhin ein starkes Druckmittel, mit dem andere Kliniken im Umkreis in

Zugzwang gebracht werden können und er hinterlässt gewerkschaftlich organisierte Belegschaften an den Krankenhäusern, die hoffentlich zu einer deutlich größeren Bewegung zusammenwachsen können, um gemeinsam für ein Gesundheitssystem ohne Profite weiter zu kämpfen.

In Berlin hat das Bestreben um einen TVE jüngst zum Erfolg geführt. 2021 erkämpften sich die Beschäftigten der Berliner Krankenhausärzte Charité und Vivantes jeweils ihre eigenen Tarifverträge und sind seitdem bestens organisiert. Die Unikliniken in Aachen, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln und Münster ziehen jetzt nach und wir, die auf den Zuschauertribünen sitzen, sollten ganz genau hinsehen. Nichts verdient unsere Aufmerksamkeit jetzt mehr als unser Gesundheitswesen. Wir müssen das streikende Krankenhauspersonal bei ihrem Arbeitskampf unterstützen, indem wir ihre Streikposten besuchen und bei unseren Freund*innen und Verwandten um Verständnis für die Streiks werben. Es wird höchste Zeit. Denn Gesundheit kann man nicht einfach hamstern! ★

Moritz Menzel studiert Informatik in Bonn. Auf Instagram wurde er mal vor einem breiten Publikum „rote Brut“ genannt. Da ist vermutlich auch was dran.





Bildung muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sein

Carolin Butterwege ist Soziologin und Spitzenkandidatin für DIE LINKE bei der Landtagswahl in NRW. Wir haben uns mit ihr über Armut in Deutschland und die Auswirkung auf das Bildungssystem unterhalten.

Frau Butterwege, was ist eigentlich Armut?

Im Alltagsverständnis bedeutet Armut, dass man zu wenig Geld hat. Auf wissenschaftlicher Ebene ist man sich weniger einig. Da wird u.a. mit den Begriffen *absolute* und *relative* Armut gearbeitet.

Absolute Armut ist das fehlende, physische Existenzminimum, bei dem die Grundbedürfnisse Betroffener nicht gesichert sind. Davon spricht man eher in Bezug auf südliche Länder – was falsch ist, weil es das auch in Deutschland gibt. Als *relativ arm* oder auch *armutsgefährdet* gilt, wer weniger als 60 Prozent des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens erzielt, wobei sozialpolitisch die Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums im Vordergrund steht.

Wie steht es mit der Kinderarmut in NRW und Deutschland?

Fast 700.000 Kinder und Jugendliche in NRW leben in armutsgefährdeten Familien, was rund 23 Prozent entspricht. Fast ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen sind somit von relativer Armut betroffen.

Wenn man sich ganz Deutschland anschaut, hatten die ostdeutschen Länder früher eine viel höhere Kinderarmutsquote als die alten Bundesländer. Allerdings ist diese dort sukzessive zurückgegangen, während sie in manchen westdeutschen Ländern angestiegen ist. Zuletzt lag

die Quote in Sachsen-Anhalt bei 27 Prozent, in NRW bei 25 und in Niedersachsen bei 23 Prozent. In Bayern oder Baden-Württemberg sind gerade 13 bis 14 Prozent betroffen. Die Kluft wird hier immer größer.

Wie wirkt sich die Kinderarmut an Schulen aus?

Für die betroffenen Kinder besteht ein höheres Risiko, aufgrund ihrer Herkunft früher aussortiert zu werden und einen geringeren Schulabschluss bzw. seltener das Abitur zu erreichen.

Wichtig ist, zu fragen, wie die Institution Schule mit Kinderarmut umgehen kann. Wie können die Beschäftigten sensibilisiert werden? An den Schulen, wo sich Kinderarmut konzentriert, muss es mehr Personal, kleinere Klassen, vielfältige Förder- und Unterstützungsangebote geben.

Wie gestaltet sich das an den Hochschulen?

Dort geht der Selektionsprozess weiter. Die soziale Herkunft schränkt die jungen Erwachsenen schon beim Erreichen höherer Schulabschlüsse ein. Als Arbeiterkind oder Studierende*r in erster Generation gibt es eine höhere Wahrscheinlichkeit, das Studium abzubrechen oder keinen Masterplatz zu bekommen. Ansatzpunkte wären hier Mentoring- oder Unterstützungsprogramme.

Was fordert DIE (NRW-)LINKE in diesem Bereich?

Wir wollen ausreichend Studienplätze für alle sichern und die Anwesenheitspflicht dauerhaft abschaffen. Weiterhin sollte der Studienzugang nicht durch NCs oder intransparente Auswahlgespräche beschränkt werden.

Die Studienfinanzierung spielt eine riesige Rolle. Das Studium muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sein. Im Bereich BAföG müsste viel passieren. Und auch bei den Wohnheimplätzen, in die über ein Sonderprogramm des Landes investiert werden könnte. Außerdem ist ein wichtiger Punkt, die Abschaffung des Faches Sozialwissenschaften in der Lehrerbildung rückgängig zu machen.

In den Städten und Gemeinden sollte es kommunale Aktionspläne gegen Kinderarmut geben, die besonders problematische Gebiete in den Blick nehmen, in denen viele Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen. Gerade die soziale Infrastruktur – KiTas, Schulen, Jugendzentren, Beratungsstellen, Spielplätze bis hin zu kulturellen Angeboten – muss hier ausgebaut werden.

Was muss sich noch ändern, um Unterschiede aufgrund der sozialen Herkunft im Bildungssystem auszugleichen?

Bildung muss von der KiTa bis zur Hochschule gebührenfrei sein, mit echter Lernmittelfreiheit. Schüler*innen müssen mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Außerdem gibt es noch immer Studiengebühren für ausländische Studierende – wir fordern diese abzuschaffen!

Schulformen des gemeinschaftlichen Lernens, wie Gesamtschulen und inklusive Ganztagschulen, sollten ausgebaut werden. Es muss mehr Personal für kleinere Klassen geben. Alle Schüler*innen müssen im Ganztag, ohne Hausaufgaben, arbeiten können. Das nimmt Druck von den Elternhäusern, die gerade während Corona mehr eingespannt wurden.

Zuletzt bedarf es höherer Bildungsausgaben. NRW bildet das bundesweite Schlusslicht bei den pro-Kopf-Ausgaben je Schüler*in. Zu Weihnachten haben die Grundschulen weiße Flaggen gehisst, weil sie stark unterfinanziert sind. Es muss mehr Geld für Personal, Gebäude und Ausstattung geben. Deswegen: Am 15. Mai in NRW DIE LINKE wählen!

Frau Butterwege, wir danken Ihnen für das Gespräch! ★

Das Interview führte Darian Nöhre

Von der Freiheit, keine Wahl zu haben

In den letzten zwei Jahren war kein Geld da, Pfleger*innen und Co. korrekt zu bezahlen. Der Pflegebonus während Corona betrug eine Milliarde Euro – ein Prozent von dem, was die Bundeswehr nun zusätzlich bekommt. Wie frei macht uns die „Investition in unsere Freiheit“ wirklich? Dieser Text beruht auf Erfahrungen von einigen unserer Genoss*innen, die von **Lea** und **Sabrina** gesammelt und aufgeschrieben wurden.

Hast du schon gehört? Die Bundeswehr bekommt 100 Milliarden Euro“ sagt Milo, als wir uns auf der Wiese vor der Universität treffen. Es ist Samstag, die Sonne scheint und einige Studis haben sich zum Flunkeyball-Turnier verabredet. Ich beobachte sie von Weitem. „Habe ich schon mitbekommen“ entgegne ich und werde nachdenklich. Ich erinnere mich an meine Einführungswoche. Während andere vom Umzug in die neue Stadt erzählten, von ihren Work-and-Travel- und Freiwilligendienst-Erfahrungen, stand ich daneben und nickte. Nach dem Abitur bin ich in meiner Heimatstadt geblieben, habe weiter bei meinem alleinerziehenden Vater gewohnt. Wieso sollte ich Geld für Essen und eine Wohnung ausgeben, wenn ich hier doch alles hatte? Ich hatte nicht bemerkt, dass ich zu Rechnen begann: Minimum 400 Miete, wenn nicht mehr. Weitere 100 oder 200 Euro für Essen, dann noch Bücher und vielleicht etwas, um mit Freund*innen auszugehen – insgesamt eine ganze Menge Geld, die mein Vater und ich nicht hatten. Einfach 500 Euro oder mehr monatlich von den Eltern zu bekommen, um sich mal woanders auszuprobieren, war bei uns finanziell nicht drin. Obwohl ich das Gefühl hatte, dass es bei mir *eben anders war*, versuchte ich, mich so wenig wie möglich damit zu beschäftigen. Ich limitierte mich selbst, um die real existierenden Grenzen nicht zu spüren. Wie ein automatischer Selbstschutz.

„Eine Investition in unsere Freiheit“

„Und das soll eine ‚Investition in unsere Freiheit‘ sein, sagt zumindest Christian Lindner. Ich frage mich, warum mehr Geld für die Bundeswehr mehr Freiheit bedeuten soll“, wirft Milo ein und reißt mich aus meinen Gedanken. Mit ihm kann ich über alles reden, ich muss mich nicht verstecken. Seit der Schulzeit lautet meine Devise: Bloß nicht auffallen; etwa durch Kleidung, Sprache oder Hobbys. Das Gefühl nicht dazugehören, kennt man als Arbeiter*innenkind nur zu gut. Vor allem, wenn man ein Gymnasium oder eine Universität besucht. Milo hatte es noch härter als ich. Im Gegensatz zu ihm konnte ich studieren. Er hat mit 17 die Schule abgebrochen, wuchs in einer zu engen Wohnung mit seiner Mutter und seiner Schwester auf. Sie bezogen Sozialhilfe; eine größere Wohnung war nicht drin. Privatsphäre, ein ruhiger Raum zum Lernen oder Hilfe bei den Schulaufgaben? Fehlanzeige. Vor allem Kinder von Einwander*innen wissen, dass die Sprachbarriere letzteres häufig früh verhindert. Um sich ohne Unterstützung seiner Familie über Wasser zu halten, nahm Milo einen Aushilfsjob nach dem anderen an. Statt freier Berufswahl, wie er sich das als Kind noch vorstellte, gab es Ernüchterung. Das hat Milo gezeichnet. Häufig geht es ihm schlecht, ihn plagen Zukunftsängste. Die wechselseitige Beeinflussung von Armut und psychischen Krankheiten wird zu wenig

thematisiert. Einen Therapieplatz zu bekommen, ist einfacher gesagt als getan, denn die Nachfrage steigt: Die Illusion aufrecht zu erhalten, Kapitalismus sei das einzig „funktionierende“ System, kostet immer mehr Menschen ihre psychische Gesundheit. Kein Wunder also, dass Milo das Regierungsnarrativ „unserer Freiheit“ in Frage stellt. Ein ganzes Leben lang lohnabhängig sein, sich kaputt arbeiten, unter Leistungsdruck und Zukunftsängsten leiden, die eigene mentale Gesundheit ruinieren – und all das nur, um unsere Grundbedürfnisse erfüllen zu können. Was ist das für eine Freiheit?

Eine freie Wahl geht anders

Nach dem Abitur fing ich direkt an zu studieren, was als Arbeiter*innenkind nicht die einfachste Entscheidung war. Niemand aus meiner Familie konnte mir die Angst vorm Studieren nehmen. Die Fächerwahl sorgte am meisten für Verunsicherung. Viele Studiengänge boten keine eindeutige Aussicht auf einen Beruf. Ausbildung zum Koch? Man wird Koch. Philosophie und Germanistik-Studium? Wenn nicht auf Lehramt, sieht die Zukunft weniger klar aus. Ohne Familie, die einem finanziell unter die Arme greift, falls man nicht direkt einen Job findet, sucht man sich eher ein Fach aus, das auf dem Arbeitsmarkt gefragt ist. Der Gedanke ist nicht: „Womit würde ich mich am liebsten beschäftigen?“, sondern: „Was finde ich nicht total schrecklich und garantiert mir, dass

ich einen Job bekomme?“ Deshalb kam vieles für mich gar nicht erst in Frage. Eine *freie* Wahl geht anders. Als Milo mir das erste Mal von seiner Situation erzählte, war ich baff. Meine erste Reaktion war Traurigkeit und das Gefühl, privilegiert zu sein. Trotz aller Probleme konnte ich, im Gegensatz zu ihm, ein Studium anfangen. Danach kam die Wut. Warum höre ich solche Geschichten und denke, ich sei privilegiert? Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, dass jede*r den Aufstieg schaffen kann, wenn sie*er nur hart genug dafür kämpft.

Abschied von der Aufsteigermentalität

Das System der Studienfinanzierung in Deutschland zeigt, dass diese Aufsteigermentalität fehl am Platz ist. BAföG bekommen nur 13% der Studierenden. Der Antrag ist kompliziert. Ich kenne Geschichten von Freund*innen mit geschiedenen Eltern, die enorme Schwierigkeiten hatten, die Unterlagen zusammenzutragen. Das kostet Zeit und Nerven, die zum ohnehin schon langen Bearbeitungsprozess hinzukommen. Die Beantragung garantiert – schaut man auf die nackten Zahlen – nur selten einen positiven Bescheid. Bis das Geld dann überwiesen wird, muss man oft einige Monate überbrücken. Selbst dann ist der Regelsatz knapp berechnet und Kosten wie Studiengebühren werden nicht abgedeckt. Man muss also trotzdem schauen, wo man bleibt. Wie? Durch Lohnarbeit, die wert-



volle Zeit für das Studium raubt und eine doppelte Belastung darstellt. Freund*innen von mir nahmen sogar einen Kredit für ihr Studium auf. Das mag für einige unvorstellbar wirken, ist in Deutschland aber noch immer Gang und Gäbe, zumindest für Arbeiter*innenkids. Kein Wunder also, dass nur 27 Prozent von ihnen ein Studium anfangen, gegenüber 79 Prozent aus Akademiker*innenhaushalten. Studieren sollte in Deutschland kein Privileg sein, doch für viele ist es genau das.

Was sagt mehr *Frieden*, als eine Armee?

„Ja, Freiheit... du hast Recht, Milo. Ich denke auch nicht, dass die Bundeswehr uns freier macht.“ Er sagt: „Es ist absurd. Für nichts gab es die letzten Jahre Geld, aber für die Armee auf einmal schon. Richtige *essential workers*, oder?

Geld ins Militär zu pumpen war nie eine gute Idee. Vor allem nicht in Deutschland.“ Ich kann ihm nur zustimmen: „Und das für *Frieden* und *Freiheit* – was sagt mehr *Frieden*, als eine Armee zu finanzieren, die ohnehin schon jedes Jahr 50 Milliarden bekommt? Und die in den letzten Jahren Schlagzeilen gemacht hat, weil das ganze Geld an Beraterfirmen ging und immer wieder rechtsextreme Netzwerke aufflogen?“

Die Grenze zwischen Unten und Oben

Es gibt riesige Unterschiede innerhalb von Deutschland. Oft hören wir, wir säßen alle im selben Boot. Doch das tun wir nicht. Im Zuge der Pandemie hat die Armutsquote einen Rekordwert erreicht; rund 13,4 Millionen Menschen gelten in Deutschland als arm. Wir leben in einer Klassengesellschaft, auch wenn

das altmodisch klingt. Die Grenze verläuft weiterhin zwischen Unten und Oben.

Was wir brauchen, ist Klassensolidarität. Wir sind eben nicht unseres eigenen Glückes Schmied. Statt Probleme zu individualisieren, was uns dazu bringt, uns für unsere finanzielle Situation zu schämen und uns zu isolieren, müssen wir uns mit den Menschen verbünden, die ebenso wenig von den herrschenden Verhältnissen profitieren. Wir sollten stolz darauf sein, dass wir es schaffen, uns in einer Welt zu behaupten, die von sozialer Ungerechtigkeit geprägt ist und in der wir nicht die besten Startvoraussetzungen hatten. Wir brauchen eine Gesellschaft, die den Einfluss der äußeren Umstände erkennt, kritisiert und gemeinsam verändert. Weg von einer Vereinzelung, hin zu einem neuen, kollektiven Klassenbewusstsein.

Das Problem sind nicht wir, es ist das kapitalistische System. Klima-

wandel, imperialistische Kriege, steigende Armut. Wir könnten eine bessere Welt haben; an den Entscheidungen unserer Regierung sehen wir, dass das nicht gewollt ist. Lindners Freiheit ist die der Privilegierten in einem System, das auf tiefer Ungleichheit beruht.

„Wir meinen definitiv eine andere Freiheit“, sagt Milo und wir beobachten, wie die Sonne über der Uni langsam untergeht. ★



Lea Klingberg und Sabrina M. wohnen in Bonn und studieren irgendwas mit Medien. 100 Mrd. Euro würden sie in linke Hegemonie investieren und sich ein Medienimperium kaufen.

Postwachstumsökonomie: Eine elitäre Debatte

In von Postwachstumsanhänger*innen geführten Debatten wird häufig angebracht, dass trotz Wirtschaftswachstum die Menschen seit Jahrzehnten nicht glücklicher werden und wir somit ja auch wieder auf den Stand des Bruttoinlandsprodukts der 70er Jahre zurück könnten. Dies soll durch individuellen Verzicht passieren. **Fiona** erklärt, warum das zu kurz gedacht ist.

Der Klimawandel ist die wohl größte Bedrohung für die Menschheit im 21. Jahrhundert. Der Kapitalismus ist sein treibender Motor. Dass wir dieses Wirtschaftssystem überwinden sollten, ist in linken Kreisen unumstritten. Während heutzutage marxistische und links-keynesianische Ansätze ins Hintertreffen geraten, findet die sogenannte Postwachstumsökonomie in klimapolitischen Kreisen immer mehr Zuspruch. Postwachstumstheorien sind vielfältig und das Lager der Postwachstumsökonom*innen ist breit gefächert. Diese Theorien haben Unterstützer*innen von „progressiven“ Liberalen bis hin zu links-radikalen Klimagruppen. Ein zentrales Argument von Postwachstumsökonom*innen ist es, dass wir auf einen großen Teil unseres Konsums verzichten könnten. Doch worauf genau soll verzichtet werden? Leben in Deutschland wirklich alle im Luxus? Die Antwort lautet: Nein. Wir haben hierzulande den größten Niedriglohnsektor Europas, Arbeitsverhältnisse sind zunehmend prekär. Nur aus einer privilegierten Position heraus lässt sich Verzicht leicht fordern. Lebensglück hängt auch damit zusammen, dass der Wohlstand

gerecht verteilt ist und es gute und sichere Arbeit gibt. Die Debatte wird zudem nur im globalen Norden geführt, während es für Menschen im globalen Süden nur zynisch klingt, auf Wirtschaftswachstum zu verzichten.

Was ist Postwachstumsökonomie?

Postwachstumsökonomie beschreibt, wie der Name vermuten lässt, ein Wirtschaften, welches vom Wirtschaftswachstum entkoppelt ist. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird oft als Maß für Fortschritt und Wohlstand herangeführt. Das wird von Postwachstumstheoretiker*innen kritisiert. Sie sind der Ansicht, dass zum Wohl von Mensch und Umwelt andere Maßstäbe herangezogen werden müssen und Wachstum nicht mehr das allgemeine Ziel der Volkswirtschaft sein sollte. Das Wirtschaftswachstum soll zum Schutz des Klimas reduziert, oder gar rückgängig gemacht werden. Doch ist dieser drastische Schritt überhaupt umsetzbar und wirklich zum Wohle der Gesellschaft?

Wohlstand für alle

Postwachstumsökonom*innen machen den Fehler, den Wunsch nach Wirtschaftswachstum mit Profitmaximierung im Kapitalismus zu verwechseln. Während es bei der Profitmaximierung darum geht, dass sich wenige Kapitalist*innen auf Kosten vieler bereichern, entsteht Wirtschaftswachstum durch Produktivitätssteigerung und ist somit auch ein Zeichen technischen Fortschritts. Wirtschaftswachstum kann auch außerhalb des Kapitalismus funktionieren und in einer sozialistischen Gesellschaft allen zu Gute kommen. Durch die Steigerung der Produktivität konnte in der westlichen Welt Wohlstand für einen großen Teil der Gesellschaft erreicht werden. Maßgeblich für die Verbesserung war jedoch eine starke Arbeiter*innenbewegung und siegreiche Arbeitskämpfe. Ziel von diesen Kämpfen war und ist noch immer, dass das erwirtschaftete Wachstum uns allen zu Gute kommt, statt die Reichen noch reicher zu machen. Denn anstatt in einer Selbstversorgergesellschaft müßig Felder zu bestellen, haben wir nun Hände frei für Arbeit in Industrie und im Dienstleistungssektor.

Das trägt zu einer höheren Lebensqualität bei und kann für weniger harte Arbeit für alle sorgen. Dafür müssten die Ressourcen aber gerecht verteilt werden. Anstatt bereits erkämpfte Errungenschaften aufzugeben, sollten wir lieber für eine starke Gewerkschaftsbewegung und einen ökologischen Umbau der Wirtschaft zugunsten der Mehrheit streiten. Dafür braucht es massive staatliche Investitionen in erneuerbare Energien und grüne Technologien. Wir müssen weg von fossilen Brennstoffen und alte Industrien so transformieren, dass dies nicht auf dem Rücken der einfachen Arbeiter*innen erfolgt. Um deren soziale Sicherheit zu garantieren und gleichzeitig energisch gegen die Interessen der Konzerne den ökologischen Umbau zu schaffen, bedarf es staatlicher Planung. ★

Fiona (23) studiert Informatik an einer Fachhochschule. Sie findet Wachstum zwar gar nicht so schlimm, hat aber trotzdem mit 14 damit aufgehört.



Frieren für die Freiheit

In der Linken herrscht Uneinigkeit, wie man mit Russland umgehen sollte. Für eine glaubwürdige Politik müssen wir uns gegen Sanktionen einsetzen, die die Allgemeinheit statt die Oligarchie treffen, meinen **Deniz** und **Torsten**.

Mit den Worten: „Ihr seid nur daran interessiert, eure alte Ideologie in jeder Hinsicht zu retten. Die Nato ist böse, die USA sind böse, die Bundesregierung ist böse und damit Schluss für euch“ kritisierte LINKEN-Ikone Gregor Gysi einen Teil der Linksfraktion um Sahra Wagenknecht, die unter anderem vor einem Kollateralschaden durch die Sanktionspolitik warnt.

Die Frustration Gysis ist symptomatisch für eine Linke, die es wieder einmal nicht schafft, zu einer großen Frage unserer Zeit eine konsensuale Position zu finden. Wochen nach Kriegsbeginn stehen sich die verschiedenen Ansichten unversöhnlich gegenüber. Ein Teil der Linken verfällt vermeintlich in ihr typisches russlandfreundliches Muster, welches ihr Liberale und Konservative seit Jahrzehnten vorwerfen. Währenddessen wird von der anderen Seite ein realpolitischer, „moralischer“ Standpunkt vertreten. Neben den Waffenlieferungen, die den Krieg in der Ukraine verlängern und somit das Leid der Menschen dort vergrößern, möchte die Bundesregierung mittels Sanktionen die russische Bevölkerung für Putins

Krieg büßen lassen. Außenministerin Baerbock bringt es auf den Punkt: „Das wird Russland ruinieren“. Niemand wird es bedauern, wenn die Yacht eines Oligarchen beschlagnahmt wird, aber man sollte sich keine Illusionen darüber machen, wen das Gros der Sanktionen am Ende wirklich trifft.

Die westliche Strategie besteht darin, durch eine massive Absenkung des Lebensstandards der einfachen Leute in Russland einen Regierungswechsel herbeizuführen. Diese Vorgehensweise stellt in der Geopolitik des Westens kein Novum dar. In Ländern wie Afghanistan, Irak, Iran, Kuba, Nordkorea, Syrien, Venezuela oder im Jemen sorgte diese Art der Politik für fürchterliches Leid bis hin zu Millionen von Toten. Allerdings konnte so in keinem einzigen Fall, wie ursprünglich intendiert, zu einem Sturz der Regierung beigetragen werden. Die genannten Länder haben alle gemein, dass sie wirtschaftlich schwach sind und ihre globale ökonomische Vernetzung gering ausgeprägt ist. Im Falle Russlands ist das anders. Große Teile der Welt sind auf die Einfuhr von russischem Weizen angewiesen

und insbesondere Deutschland ist hochgradig abhängig von Energieimporten. Insgesamt 55 Prozent des hier verbrauchten Erdgases, 35 Prozent des Erdöls und mehr als 57 Prozent der Steinkohle, die im vergangenen Jahr eingeführt wurden, stammen aus Russland.

Mit dem aufziehenden Wirtschaftskrieg muss sich auch die deutsche Bevölkerung auf dramatisch steigende Energiekosten gefasst machen. Dies würde bis ins Extrem gesteigert werden, wenn sich die Forderung nach einem kompletten Importverbot für russische Energieträger, wie sie in linksliberalen Kreisen erhoben wird, durchsetzen würde. Vor allem in Armut lebende Menschen und die bereits von Abstiegsängsten geplagte Mittelschicht dürfen sich im nächsten Winter dann entscheiden, welches Zimmer sie heizen wollen und ob sich die Fahrt zur Arbeit angesichts der Benzinpreise überhaupt noch lohnt. Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck kommentiert dies zynisch mit der Parole „Frieren für die Freiheit“. Das Sanktionsregime ist zum einen ineffektiv und zum anderen moralisch höchst fragwürdig. Welche

Moral steckt dahinter, Gaslieferungen aus Russland zu vermeiden und gleichzeitig Öl aus Saudi-Arabien zu importieren, das den Jemen seit sieben Jahren besetzt und einen Genozid dort zu verantworten hat?

Die Linke sollte immer auf der Seite der einfachen Menschen stehen, egal ob in Deutschland, Russland oder anderswo. Für eine glaubwürdige Politik müssen wir uns gegen Sanktionen einsetzen, die die Breite der Bevölkerung statt die Oligarchie treffen. Die Interessen der Mehrheit zu vertreten darf nicht kontrovers sein, auch wenn es Gegenwind gibt. Eine Linke, die sich dessen bewusst ist, wird weniger frustriert, inspirierender und erfolgreicher sein. ★



Torsten und Deniz studieren in Bonn, haben kein Herz für Oligarchen und halten Zentralheizungen für ein Menschenrecht.



LASTESIS:
Verbrennt eure Angst!
Ein feministisches Manifest

Eine aktuelle und antikapitalistische Verbannung des Patriarchats, eine feministische Vision des Widerstands und der Zukunft. Das 152 Seiten lange Manifest erschien 2021 in der Originalausgabe und im selben Jahr auch in der deutschen Übersetzung im Fischer Verlag.

Foto: Paulo Slachevsky CC BY-NC-SA 2.0



Wiederkehr der Klassen

Welche Rolle Migration, globale Ungleichheit, Prekarisierung und Ökologie in einer Klassenanalyse des 21. Jahrhunderts spielen, beschreibt dieser Sammelband anschaulich und informativ.

Foto: by Robert Keane on Unsplash

LASTESIS ist ein feministisches Performance-Kollektiv, welches seit 2018 Schriften feministischer Wissenschaftler*innen in gelebten und kreativen Widerstand übersetzt. Die Performance zum Lied „El violador en tu camino“ (dt.: „Ein Vergewaltiger auf deinem Weg“) ging 2019 viral und wurde von FLINTA* weltweit inszeniert. Die Aktion prangert grassierende Gewalt gegen Frauen an.

Auch in ihrem Manifest schafft es LASTESIS, vermeintlich komplexe Zusammenhänge auf das Wesentliche zu reduzieren und verständlich zu machen. Das Kollektiv thematisiert patriarchale Probleme – Femizid, Kriminalisierung von Abtreibung oder die Verteilung von Care-Arbeit – und zeigen den Zusammenhang zum Kapitalismus auf. Sie machen deutlich, dass Feminismus und soziale Gerechtigkeit immer zusammengedacht werden müssen und fassen Schlüsse marxistischer Feminist*innen, wie zum Beispiel Silvia Federici, zusammen: „Der Klassenkampf ist nicht zu verstehen, solange wir nicht sehen, dass die Arbeiterklasse aus zwei Klassen besteht: die Männer privilegiert, die Frauen dominiert“. Zudem zeigen sie das Transformationspotential von Performance, und damit die Verbindung von Kunst und Aktivismus, auf. Eine große Leseempfehlung des Manifests gilt für alle, die die Fesseln des Patriarchats sprengen wollen und von feministischem, antikapitalistischem und kreativem Aktivismus lateinamerikanischer, feministischer Bewegung lernen und sich weltweit anschließen wollen.

Paula Kloos

Die Diskussion um Klassenpolitik ist neu entfacht. Nach der Reaktivierung der Thematik durch autobiographische Bücher wie „Rückkehr nach Reims“ von Didier Eribon oder „Ein Mann seiner Klasse“ von Christian Baron hat auch die akademische Debatte wieder Fahrt aufgenommen. Dabei hat, neben dezidiert kritischen Sozialwissenschaftler*innen, auch die Mainstream-Wissenschaft Klassenkonzepte für die Beschreibung unserer Gesellschaften wieder entdeckt.

Die Autor*innen werfen in dem Sammelband, der bei Campus in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschienen ist, einen kritischen Blick auf verschiedene Ansätze der Klassentheorie. Dabei zeigen sie über die klassische Trinität von race, class und gender hinaus, welche zentralen Konfliktfelder einer Klassenpolitik im 21. Jahrhundert existieren. Neben Geschlechterverhältnissen und Rassismus stehen dabei Migration, globale Ungleichheit, Prekarisierung und Ökologie im Fokus. Anschaulich und informativ wird ein Überblick darüber gegeben, welche Rolle Klassenverhältnissen zukommt. Besonders stark sind die Thesen zur demobilisierten Klassengesellschaft im Sammelband, die wichtige Bezugspunkte bieten, bei denen der Blick für Kontroversen an den Nahtstellen des neuen Klassendiskurses miteinbezogen wird; die vielbeschworene Identitätspolitik muss keinen Widerspruch darstellen. Doch für einen Sozialismus des 21. Jahrhundert ist eine konkrete Klassenanalyse unerlässlich. So geht der Wert des Sammelbandes über die rein akademische Auseinandersetzung hinaus und ist für jede*n politische*n Aktivist*in ein Mehrgegninn.

Lukas Geisler

ANZEIGE



2. Auflage

John Holloway
Kapitalismus aufbrechen
aus dem Englischen übersetzt von Marcel Stoetzler
2021 – 275 Seiten – 26,00 €
ISBN 978-3-89691-863-5

„... eine sehr lesenswerte Krisentheorie.“
Heinz Weinhausen, Contraste

Kai Lindemann
Die Politik der Rackets
Zur Praxis der herrschenden Klassen
2021 – 155 Seiten – 16,00 €
ISBN 978-3-89691-067-7

„Dieses Buch ließe sich gut auch als Kommentar zum letzten Wahlergebnis lesen.“
Peter Kern, www.glanzundelend.de

Joscha Metzger
Genossenschaften und die Wohnungsfrage
Konflikte im Feld der Sozialen Wohnungswirtschaft
(Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis, Band 38)
2021 – 310 Seiten – 30,00 €
ISBN 978-3-89691-068-4

Für Bibliotheken als Ebook-Campuslizenz:
ISBN 978-3-98634-110-7

Lene Kempe
Die diskursive Seite hegemonialer Ordnungen
Eine Neubestimmung des Verhältnisses von Diskurs, Macht und Hegemonie
2021 – 236 Seiten – 26,00 €
ISBN 978-3-89691-066-0

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

www.dampfboot-verlag.de



Foto: by Ed Robertson on Unsplash

too long; didn't read

Der Theorie-Podcast der Rosa-Luxemburg-Stiftung stellt einen guten Einstieg in linke Literatur für alle dar, die sich nicht direkt an den ganz dicken Wälzern abrackern wollen.

Linke Theorie bringt einen schnell zum Verzweifeln. Empfohlene Lektüre besteht hauptsächlich aus dicken, unzugänglichen Schinken voller Fremdwörter. Wer hat überhaupt Zeit, solche Wälzer zu lesen? In „Too long; didn't read“ (kurz: tl;dr), dem Theoriepodcast der Rosa-Luxemburg-Stiftung, führt Alex Demirovic durch die Klassiker linker Theorie. Demirovic ist Sozialwissenschaftler und Professor an der Universität Frankfurt. Der Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit liegt auf der Weiterentwicklung der kritischen Gesellschaftstheorie, jedoch ohne sich bloß auf die Tradition um Adorno und Horkheimer zu beschränken.

Die Auswahl der Theoretiker*innen, deren Werke er bei „tl;dr“ vorstellt, ist vielfältig. Demirovic lädt sich in jede Folge Gäst*innen ein, die eigene Expertise zum Thema mitbringen. Von Rosa Luxemburg, über Antonio Gramsci und Walter Benjamin, bis Silvia Federici oder Stuart Hall, werden den Hörer*innen Schlüsselwerke aus klassischem Marxismus und feministischer, kritischer oder anticolonialistischer Theorie nähergebracht. Jede Folge beschäftigt sich mit einem*einer Autor*in und behandelt nicht nur Auszüge aus den Hauptwerken. Auch Hintergründe zur Person und eine Einordnung in den historischen Kontext oder die Gedanken wichtiger Persönlichkeiten der linken Tradition werden beleuchtet. Der Podcast eignet sich hervorragend für alle, die einen Einblick in die verschiedenen Bereiche linker Theorie und ihrer wichtigsten Vertreter*innen suchen... und über diese lieber morgens beim Frühstück, in der Bahn oder beim Spazieren lernen wollen.

Luca Greiner

ANZEIGE

UNGERECHT

Am 15. Mai ist Landtagswahl in NRW

GERECHTIGKEIT BRAUCHT

DIE LINKE.

DIELINKE-NRW.DE

DIE LINKE.SDS

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN



Mach mit beim SDS!

Die Linke.SDS – kurz für Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband – ist der einzige bundesweit aktive sozialistische Studierendenverband. Wir streiten für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen und sehen dies als Teil einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung gegen den marktradikalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft, gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aller Art, gegen Krieg und Klimakatastrophe. Als Sozialist*innen fordern wir ein gutes Leben für alle. Mit dem Kapitalismus haben sich die Menschen ein ungerechtes System geschaffen: die Wenigen profitieren von dem alltäglichen Elend der Vielen. Wir streiten für eine Gesellschaft, die die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt. Wie wir das erreichen? Es beginnt damit, dass Du aktiv wirst!

LOKAL VERANKERT...

SDS-Gruppen gibt es bundesweit an über 60 Hochschulen. In den Hochschulgruppen findet ein großer Teil unserer politischen Arbeit statt: Ob Unterstützung vom örtlichen Seebrücke-Bündnis oder Anti-Nazi- und Klimagerechtigkeitsprotesten, Lesekreise zu sozialistischer Literatur, Organisation politischer Bildungsveranstaltungen oder Engagement in Hochschulgremien: die Arbeitsbereiche und Aktionen der lokalen Gruppen sind vielfältig.

...UND BUNDESWEIT AKTIV.

Der SDS ist keine Ansammlung autonomer Kleingruppen, sondern ein bundesweiter Akteur. Durch unsere Bundesstruktur können wir aktiv in das politische Geschehen eingreifen. Dadurch können wir bundesweite Bündnisse und Bewegungen wie die Students For Future oder das Bündnis zum Solidarsemester mitinitiiieren oder auch große gewerkschaftliche Streiks unterstützen. Unsere bundesweite Aktivität erschöpft sich aber nicht nur darin. Ganzjährig planen wir gemeinsam Bildungsseminare oder treffen uns auf unserer jährlichen Sommerakademie zum diskutieren und weiterbilden. Darüber hinaus gibt es bei uns mehrere Arbeitskreise. Das Produkt eines dieser Arbeitskreise hältst du gerade in der Hand: die critica.

JEDE*R KANN MITMACHEN!

Die Welt verändert sich nicht von allein. Eine bessere Gesellschaft braucht Menschen, die sich mit Begeisterung dafür engagieren. Wir brauchen dich!

DIE CRITICA GIBT'S AUCH ONLINE UNTER:

WWW.CRITICA-ZEITUNG.DE

INSTAGRAM: @CRITICA_ZEITUNG

SO ERREICHST DU UNS:

WWW.LINKE-SDS.ORG

INFO@LINKE-SDS.ORG

030/24009134

Welcher Milliardär bist du?



1

Du möchtest mit deiner Yacht einen kleinen Kanal passieren. Eine Brücke versperrt dir den Weg. Was tust du?

- ★ a Ich lass alle Brücken abbauen, die mir in den Weg gestellt werden.
- ★ b Ich verreise lieber mit meinem Toppsegelschoner!
- ★ c Pah, Yacht? Viel zu teuer! Da geh ich lieber zu Fuß.
- ★ d Meine Yacht wurde beschlagnahmt. :(

2

Wahlen in deinem Land stehen an. Was machst du?

- ★ a Ich toleriere Demokratie, aber bitte nicht in meiner Firma!
- ★ b Ich veranstalte eine Gala und lade alle konservativen Politiker*innen ein.
- ★ c Nur die Präsidentschaftswahl im Club der Milliardäre ist für mich von Bedeutung.
- ★ d Lol. Ich bin die Regierung!

3

Wie wohnst du?

- ★ a In einem nachhaltigen Cube-House in der Wüste Kaliforniens.
- ★ b Ist meine Sommer- oder meine Winterresidenz gemeint?
- ★ c In der größten Villa der Stadt.
- ★ d Schwierig momentan, hat jemand noch ein Zimmer frei?

4

Wie bewahrst du dein Geld?

- ★ a Kryptowährung und Briefkastenfirmen.
- ★ b Was für Bargeld? Vater vermachte mir einen halben Automobilkonzern.
- ★ c In meinem Geldspeicher.
- ★ d Solang der Rubel nicht mehr rollt, auf Off-Shore Konten.

5

Was machst du zum Runterkommen nach einem harten Arbeitstag?

- ★ a Ich schieße mein Auto ins Weltall – 'cause why the fuck not?
- ★ b Ich erfreue mich der Treibjagd.
- ★ c Ich bade in meinem Geld.
- ★ d Ich kaufe mir einen Fußball-Club.

6

Das macht mich besonders:

- ★ a Meine Angestellten pinkeln regelmäßig in Flaschen.
- ★ b „Informationen über mein Privatleben gebe ich nur ungern preis!“
- ★ c Ich bin der geizigste Vogel der Welt.
- ★ d Mein CO2-Fußabdruck ist so groß wie der von 20.000 Menschen aus Indien.



Am meisten a: Chef eines Tech-Konzerns

Du bist ein absoluter Social Media-Profi. Schon im Kindergarten hast du deine erste App entwickelt – zumindest erzählst du das allen. Eigentlich kannst du nämlich gar nicht programmieren. Du klast dir nur frech Ideen zusammen und verkaufst sie als deine eigenen.

Am meisten b: Ehemaliger Adel

Du kannst auf eine lange Familiengeschichte zurückblicken. Du vertrittst lautstark die Meinung, dass sich Leistung wieder mehr lohnen muss. Dass du dein ganzes Geld geerbt hast verschweigst du dabei... Und vielleicht auch, wie es zwischen 1933 und 1945 mit dem Familienbetrieb aussah.

Am meisten c: Monopolisten-Ente

Deinen ersten selbstverdienten Dollar... äh Taler, hütetest du wie deinen Augapfel. Man sieht dich gerne mit Zylinder und Stock. Dir eilt dein Ruf vorweg, sehr geizig zu sein. Zum Glück deiner drei Großneffen: Sie werden einmal deinen ganzen Schatz erben.

Am meisten d: Russischer Oligarch

Tja, momentan läuft es nicht rosig für dich. Die Konten sind eingefroren, die Villen sind weg und tanken darfst du auch nicht. Hier ist deine „Politikberatung“ wohl etwas nach hinten losgegangen. Wermutstropfen: An dir zeigt sich, dass es doch möglich ist, gegen Superreiche vorzugehen.